

Neue Strategie für die Bürgergemeinde?

Autor(en): Leonhard Burckhardt

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2012

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/bacab7ef-3f1a-4e67-b03c-0b980eeaac7b>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

NEUE STRATEGIE FÜR DIE BÜRGERGEMEINDE?

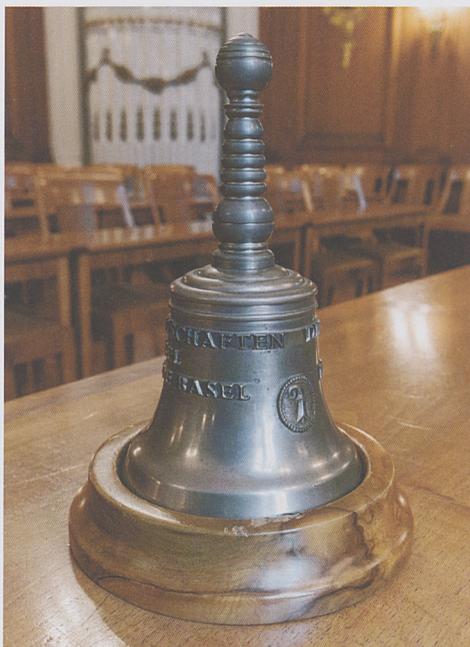
Der 28. September 2008 brachte für die Bürgergemeinde der Stadt Basel eine schmerzliche Ernüchterung: Das baselstädtische Stimmvolk nahm mit dem satten Mehr von 65,7 Prozent die von Regierung und Grosse Rat vorgeschlagenen Änderungen des Sozialhilfegesetzes an. Damit ging die Verantwortung für die Sozialhilfe an den Kanton über; die Bürgergemeinde verlor mithin eine ihrer wesentlichen und identitätsstiftenden Aufgaben. Anstatt deren Tätigkeitsfelder wie erhofft auszuweiten, wurden sie vermindert. Natürlich gab es für den Volksentscheid sachliche Gründe – die Sozialhilfe wird vollständig vom Kanton finanziert, die Entscheidungswege waren kompliziert, die Einflussmöglichkeiten der Bürgergemeinde ohnehin gering –, doch musste man sich fragen, inwieweit das Image der Bürgergemeinde, soweit sie der Bevölkerung überhaupt bekannt war, dabei ebenfalls eine Rolle spielte: Ein namhafter Teil der Baslerinnen und Basler beurteilt diese kritisch.

Jedenfalls nahm der Bürgerrat, die Exekutive der Bürgergemeinde, den Wegfall der Sozialhilfe zum Anlass, über die künftige Strategie nachzudenken. Wegleitend war dabei die Erkenntnis, dass der politische Apparat der Bürgergemeinde im Verhältnis zu ihren Aktivitäten zu gross ist und die Abläufe zu schwerfällig sind. Überdies hatten Gespräche zwischen der Kantonsregierung und dem Bürgerrat im Vorfeld des Transfers der Sozialhilfe gezeigt, dass eine angemessene Kompensation für deren Verlust seitens des Kantons nicht zu erwarten war: Angestrebte neue Aufgaben waren nicht in Sicht.

Der vom Bürgerrat angestossene Strategieprozess sollte in erster Linie die Ausrichtung der Bürgergemeinde klären: Welche Tätigkeitsfelder soll sie beackern? Wenn ein Ausbau versucht werden sollte: wie und mit welchen Partnern, mit welchen Zielen? Weiter musste überprüft werden, ob und gegebenenfalls wie die Strukturen an die

Ziele angepasst werden sollten: Wer soll im Zusammenspiel zwischen Exekutive, Parlament (dem Bürgergemeinderat) und den verschiedenen Einrichtungen der Bürgergemeinde welche Aufgaben wahrnehmen und über welche Kompetenzen verfügen? Wie kommen die zweifellos vorhandenen Stärken der Bürgergemeinde am besten zur Geltung?

Schon dieser Katalog führt vor Augen, dass grundsätzlich vorgegangen und tief geschürft werden sollte. Der Bürgerrat wollte die Chance einer Selbstvergewisserung der



Sitzungsglocke des Bürgerratspräsidenten

Bürgergemeinde ergreifen und vor Tabus nicht zurückscheuen. In einem aufwendigen Verfahren, in dem der Bürgerratschreiber und ein externer Berater den Bürgerrat sachkundig unterstützten, wurden Exponenten zahlreicher Partner der Bürgergemeinde (unter anderem mehrere Regierungsräte) sowie Vertreter des Parlaments und der Institutionen der Bürgergemeinde zu den oben angeführten Themen befragt. Basierend auf diesen Interviews sowie auf eigenen Analysen kam der Bürgerrat nach

mehrfacher Konsultation der Bürgergemeinderatsmitglieder zum Schluss, dass eine sinnvolle Entwicklung der Bürgergemeinde von den bisherigen Tätigkeiten ausgehen müsse und der Ehrgeiz, völlig Neues zu erlangen, nicht realistisch sei. Folglich sollte deren wichtigste hoheitliche Aufgabe – die Einbürgerungen – mit weiteren Elementen der Integrationspolitik ergänzt und die Bürgergemeinde als eigentliches Kompetenzzentrum für Integration etabliert werden. Ihre beiden Anstalten, Waisenhaus und Bürgerspital, sollten in ihren Bereichen, nämlich der Betreuung Jugendlicher beziehungsweise der Alters- und Behindertenbetreuung, ihren Möglichkeiten gemäss organisch wachsen. Den Ertrag ihres Vermögens beabsichtigt die Bürgergemeinde, die bekanntlich über keine Steuermittel verfügt, hauptsächlich für soziale Zwecke einzusetzen. Als Leitlinie wurde dementsprechend in einer «Mission der Bürgergemeinde» unter anderem festgelegt, dass Basels Lebensqualität und das Interesse und die Bedürfnisse der hier lebenden Menschen im Mittelpunkt der Politik der Bürgergemeinde stehen sollten und diese sich auf Integration und sozialen Zusammenhalt konzentrierte.

Die Strukturen bedürfen nach Ansicht des Bürgerrats einer Straffung: Durch Kompetenzverlagerungen vom Parlament an die Exekutive, aber auch vom Bürgerrat in die der Bürgergemeinde gehörenden Anstalten sollen die häufig schwerfälligen Entscheidungsmechanismen beschleunigt werden. Davon betroffen wären speziell die Personal- und Lohnpolitik sowie die Einbürgerungsfragen. Der Bürgerrat würde nach diesem Vorschlag von sieben auf fünf Mitglieder verkleinert, um so jedem seiner Mitglieder einen bedeutsamen Aufgabenbereich zuweisen zu können; als neue Ressorts sollten «Integration» und «Kommunikation und Aussenwirkung» zu den bisherigen Waisenhaus, Bürgerspital, Einbürgerun-

gen, Zentrale Dienste und CMS hinzutreten. Das Parlament sollte auf zwanzig Mitglieder halbiert werden, aber weiterhin für die Wahl des Bürgerrates, die Leistungsaufträge an Institutionen und die übergeordnete Rechtsetzung zuständig sein; die Kompetenz für die jährliche Lohnrunde ginge an den Bürgerrat über.

Mit diesen Vorschlägen stiess der Bürgerrat beim Parlament auf wenig Gegenliebe. Zwar anerkannten alle Fraktionen die Notwendigkeit einer neuen Strategie, waren im Konkreten aber uneinig. Den mit den vorgese-

seiner Kompetenzen zugemutet, während die Exekutive zwar auch kleiner, aber mächtiger werden sollte. Das war vermutlich zu viel des Guten, selbst wenn die Vorschläge der angestrebten Zielrichtung durchaus angemessen waren. Weil sich das Ende der Legislatur näherte, die Umsetzung der Strategie folglich eilte, waren die Aufsichtskommission und das Plenum selbst einem hohen Zeitdruck ausgesetzt, der wenig hilfreich war, um die Materie gründlich genug durchzudenken.



Der Bürgergemeindesaal im Stadthaus

henen neuen Strukturen einhergehenden Verlust an Repräsentativität und demokratischen Eingriffsmöglichkeiten goutierten nicht alle, zumal der Verzicht auf sichtbare neue Aufgaben vielen schwerfiel. Am 19. Oktober 2010 wies der Bürgergemeinderat die Strategievorlage an den Bürgerrat zurück. Das vorläufige Scheitern des Prozesses hatte also sehr elementare, aber auch triviale Gründe: Dem Parlament wurde nicht nur eine massive Verkleinerung seiner selbst, sondern auch eine Beschneidung

Die Rückweisung hat zur Folge, dass man sich erneut mit der Materie befassen muss, zumal die skizzierte Ausgangslage unverändert ist. Nach den Gesamterneuerungswahlen der Bürgergemeinde im Mai 2011 nahm der Bürgerrat denn auch einen neuen Anlauf, um zu einer plausiblen Strategie für die Bürgergemeinde zu kommen: *Affaire à suivre* ...